

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Bernh. Oetke, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4592.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Gegen die Schreier nach überstürzter Sozialisierung!

Seit dem Ausbruch der Revolution im November 1918 ist bei uns in Deutschland über das Problem der Sozialisierung ungemein viel geredet und geschrieben worden. Dieses Problem ist eine Frage der Gestaltung des Wirtschaftslebens. Von der Lösung dieser Frage scheint einem Teil überradikaler Arbeitermassen einzig und allein die Verwirklichung menschlichen Glückseligkeits abzuhängen. So war es schon von jeher, daß Zeiten der Umwälzung der Aufstellung gesellschaftlicher Lehren besonders günstig waren. Das ist ja an sich auch ganz natürlich, denn in solchen Zeiten empfinden die Menschen den Gegensatz zwischen dem, was ist und dem, was nach ihrer Ansicht sein sollte, am tiefsten und nachhaltigsten. Sozialisierung ist aber nicht nur ein Schlagwort, das so oft nur zu rein agitatorischen Zwecken von den Führern der Ganzradikalen gebraucht wird, nein, Sozialisierung ist ein tiefverwurzeltes Problem, Sozialisierung, richtig verstanden, stellt sich vielleicht als die größte Aufgabe dar, die einem Volke je gestellt worden ist.

Über leider hat das Wort „Sozialisierung“ schon begonnen, ein vieldeutiges Schlagwort zu werden, das die einen so, die anderen anders auslegen. Und gerade darum beginnt es unter den Massen schon verhängnisvoll zu wirken. Anzeichen deuten darauf hin, daß besonders in den nächsten Wochen von der Sozialdemokratie die Sozialisierungsfrage noch viel mehr, als wie das bisher schon geschehen, in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung gerückt wird. Das geschieht unverkennbar in der Absicht, für die bevorstehenden politischen Wahlen Stimmen zu fangen und zugleich die verschiedenen sozialistischen Organisationen zu stärken. Es ist bezeichnend für die Demagogie und die Strupellosigkeit im sozialistischen Lager, daß nicht nur allein Unabhängige und Kommunisten, sondern zu einem großen Teile auch Mehrheitssozialdemokraten, die bisher vorsichtig nur von einer Sozialisierung solcher Betriebe gesprochen, die dafür reif seien, jetzt aus wohlhabenderen Kreisen für eine Vollsozialisierung eintreten. Und von den radikalsten Schreibern im sozialistischen Lager wird systematisch mit aller Macht auf einen neuen Putz hingearbeitet, angeblich, um die Vollsozialisierung zu erzwingen, in Wirklichkeit aber, um noch größeres Elend über unser Volk und unser Vaterland zu bringen und um dann auf den Trümmern eine kommunistische Herrschaft aufzurichten zu können.

Diese Gefahr erkennen, heißt, nichts unversucht lassen, um sie zu bannen. Nichts wäre aber verkehrter, als wie in dieser wichtigen Frage die Politik des Vogels Strauß anzuwenden und den Kopf in den Sand zu stecken. Mag sein, daß z. B. für die im Bergbau, in der Metall- und in anderen Industrien Beschäftigten die Sozialisierungsfrage eine noch größere Bedeutung besitzt, als wie für uns Textilarbeiter und -arbeiterinnen. Immerhin müssen auch wir uns in der nächsten Zeit mit neuen Wirtschaftsproblemen im allgemeinen und mit der Sozialisierungsfrage im besonderen etwas eingehender beschäftigen. Einmal und zwar hauptsächlich deswegen, weil die bisherige Wirtschaftsordnung nicht beibehalten werden kann, und dann auch, weil auch das Problem der Sozialisierung der Textilindustrie in den letzten Jahren mehrfach erörtert worden ist. Wir erinnern hierbei an die Stellungnahme unserer letzten Verbandsgeneralversammlung zur Sozialisierungsfrage. Der Berichterstatter über diesen Verhandlungsgegenstand, Verbandsvorsitzender Kollege Oetke-Düsseldorf, hat auf dem letzten Verbandstag unsere Stellung zur Sozialisierung in einem eingehenden Referat klar herausgearbeitet. Wir verweisen auf den stenographischen Bericht über die Verbandstagung und auf die Nr. 52 unserer Textilarbeiterzeitung vom 27. Dezember 1919. In dieser Nummer wurde die Rede auszugswise wiedergegeben. Die auf dem Verbandstag zur Sozialisierung einstimmig angenommene Entschließung hatte in ihrem letzten Teil folgende Fassung:

wird, nicht in Frage kommen kann. Eine Sozialisierung in dem Sinne würde zum großen Nachteil für die Industrie, und besonders für die Textilarbeiter sein.

Indem der Verbandstag im Interesse der Textilarbeiter eine Sozialisierung dieser Art ablehnt, stellt er sich jedoch auf den Boden einer weiteren Ausgestaltung der Arbeitergemeinschaft dahingehend, daß diese noch mehr zum Selbstbewirtschaftungskörper, unter größerer Anteilnahme der Arbeitererschaft ausgebaut wird. Auch das Müßigste muß in seinem Gesamtaufbau eine Institution sein, welche das Produktionsinteresse mehr zu einem gemeinsamen Interesse macht. Auf diese Weise kann sowohl die Produktion gesteigert, wie auch die Ansammlung von erheblichem Privatvermögen verhindert werden. In den Betriebsräten ist der Arbeiterschaft ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Abgesehen von dem Anspruch, den die Arbeiterschaft hierauf mit Recht erheben kann, stärkt ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht auch das Verantwortungsgefühl und das Berufsinteresse.

Aus diesem ergibt sich klar und deutlich unsere Stellung zur Sozialisierungsfrage. Sie ist in grundsätzlicher Hinsicht eine ganz andere als wie die der Sozialdemokraten. Wir können auch für die Folge nur mit ruhiger Ueberlegung und getragen von hohem Pflicht- und Verantwortungsgefühl an die Stellungnahme und an die Lösung aller sich aus der Sozialisierungsfrage ergebenden Probleme herangehen. Denkende Anhänger unserer Bewegung werden sich darum auch besonders in dieser Zeit durch den von sozialistischer Seite wiederum in Szene gesetzten Sozialisierungsrummel nicht im mindesten verwirren lassen. Für uns muß die Art Sozialisierung, wie sie bei uns in Deutschland von den Radikalisten der Radikalen vertreten wird, außer jeder Diskussion stehen. Ein so unendlich kompliziertes Gebilde, wie es das moderne Wirtschaftsleben mit all seinen Millionen und Millionen von Verwicklungen, Beziehungen und Wechselwirkungen darstellt, kann einfach nicht in der Weise umgewandelt werden, wie diese Unkenntigen es fordern. Experimente wie die sofortige Ueberführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Allgemeinheit, d. h. des Staates, müßten die ganze Wirtschaftsordnung zerstören und die Volkswirtschaft einfach in den Abgrund schleudern. Rußland und Ungarn sind für uns warnende Beispiele.

Die Haltung der Sozialdemokraten aller Richtungen in der Sozialisierungsfrage wird — abgesehen von einigen Wenigen, die es ehrlich meinen — in der Hauptsache bestimmt aus parteiagitatorischen und aus wahltaktischen Gründen. Es müßte doch allen Deutschen zu denken geben, daß, als die Sozialdemokraten noch in verantwortungsvollen Regierungsstellen saßen, sie von einer Vollsozialisierung und von einem Ueberstürzen in der Sozialisierungsfrage nichts wissen wollten. Als noch der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller das Regierungsruder steuerte, wagten es die Sozialisten nicht, auf eine Sozialisierung zu drängen. Heute, wo sie aber abseits stehen, und wo sie eine Mitwirkung in der Reichsregierung abgelehnt haben, nur um sich besser von der Verantwortung drücken zu können, heute fordern sie — Kommunisten, Unabhängige und Mehrheitssozialisten — die Vollsozialisierung. Nur aus dem leidigen Agitationsbedürfnis heraus. Sie alle wollen die Massen und damit die politische Macht für sich gewinnen. Mit aller Schärfe treten sie für die beschleunigte Verstaatlichung aller Produktionsmittel ein. Dabei lehnten es seinerzeit ihre bedeutendsten Führer sogar ab, in den vom Reichstag eingesetzten Ausschuss für die Sozialisierung einzutreten. Jetzt möchten sie andere vorschicken, die die Sachen machen, damit sie dann hernach die Schuld für das Versagen der Sozialisierung auf diese abwälzen können. Das ist die Berechnung und die Taktik der nur an sich und an ihre Parteiinteressen denkenden Sozialisten.

Sorgen wir dafür, daß den radikalsten Schreibern nach überstürzter Sozialisierung ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht wird. Mag kommen, was da wolle, für unsere Mitglieder gilt es unter allen Umständen gewerkschaftliche Disziplin zu üben. Wir sind härteste Gegner jeder Putzakt und würden uns mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen, wenn von

radikaler Seite versucht werden sollte, durch Inszenierung eines Generalstreiks der Forderung auf Sozialisierung Nachdruck zu verleihen. Von unsern Anhängern dürfen nur immer die Parolen unserer Führer und unserer Verbandsleitung befolgt werden. Gewissenlosen Elementen, die die Massen aufzupetischen versuchen, müssen wir mit aller Rücksichtslosigkeit entgegenreten. Vor allen Dingen ist unbedingt notwendig, daß unsere Betriebsratsmitglieder und Vertrauenspersonen allüberall den nötigen Mut aufbringen, um den Schlägwortleibern von der anderen Seite ganz gründlich das Handwerk zu legen.

Unser deutsches Wirtschaftsleben muß unter allen Umständen vor neuen ernstlichen Erschütterungen bewahrt bleiben. Den Schreibern nach überstürzter Sozialisierung sollten wir mit dem allergrößten Mißtrauen begegnen. Wir sehen in Deutschland im Augenblick wieder vor einer Situation von entscheidender Bedeutung. Darum müssen wir alles tun, um der sozialdemokratischen Taktik eine vollkommene und entscheidende Niederlage zu bereiten.

Unsere Lebensmittelversorgung.

Die Frage der Lebensmittelversorgung beschäftigt in letzter Zeit viel die Öffentlichkeit. Ende November fanden auf Einladung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Verhandlungen mit den Vertretern sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen einschließlich der Landarbeiter und der landwirtschaftlichen Arbeitgeber, sowie zahlreicher landwirtschaftlicher Abgeordneten statt, die sich besonders mit den Erörterungen der Frage der Brotversorgung beschäftigten. Anfang Dezember war in Weimar eine Konferenz von Vertretern der Länder, um zu den schwebenden Ernährungsfragen Stellung zu nehmen. Sodann fand im Reichstag in der Sitzung vom 6. Dezember eine lebhafte Erörterung über die Lebensmittelversorgung statt. Minister Dr. Hermes gab in einer längeren Rede Auskunft. Aus all den Ausführungen und amtlichen Nachrichten in der Presse ergibt sich folgendes Bild:

Bezüglich der Getreideversorgung, die die Grundlage unserer Volksernährung bildet, steht es in diesem Jahre nicht so günstig als im verfloßenen. Das ist einmal zurückzuführen auf die schlechtere Ernte, die in diesem Wirtschaftsjahr auf 7 Millionen t geschätzt wird, gegenüber 8 1/2 Millionen Tonnen t im Vorjahre. Und etwa 9 Millionen t im Wirtschaftsjahr 1918. Danach ergibt sich allein schon ein Fehlbetrag von rund 2 400 000 t. Wenn auch hiervon rund 250 000 t durch die Heranziehung von Getreide zur Broterstellung gedeckt werden, so fehlen immer noch über 2 Millionen t. Es kommt hinzu eine mangelhaftere Ablieferung von Getreide seitens der Landwirtschaft. Einige Zahlen beweisen deutlich, daß die Landwirtschaft mit der Getreidelieferung stark im Rückstand ist. Die Reichsgetreidekasse hat z. B. bis zum 24. November nur 642 552 t Brotgetreide erfaßt, gegen 1 096 211 t bis zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Tagesdurchschnitt ist gewaltig zurückgegangen. Im Monat Oktober betrug die tägliche Lieferung nur 2040 t gegenüber 17 750 t im gleichen Monat des Vorjahres. Mögen auch einige Entschuldigungsgründe dafür ins Feld geführt werden können: an der Tatsache ist nicht zu rütteln, daß die Landwirtschaft nicht das getan hat, was sie hätte tun können und was ihre Pflicht gewesen wäre. Ob das durch die Aufrufe der landwirtschaftlichen Organisationen, die die Landwirtschaft an ihre Pflicht erinnern oder durch schärfere Zwangsmaßnahmen wieder gut gemacht werden kann, muß stark bezweifelt werden. Für die daraus entstehenden Folgen wird die Landwirtschaft also zum großen Teile verantwortlich zu machen sein. Das fehlende Getreide muß nun aus dem Ausland eingeführt werden. In Aussicht genommen war eine Einfuhr von 2 1/2 Millionen t, davon sind rund 1 Millionen t gekauft, jedoch noch 1 1/2 Millionen t gekauft werden müssen. Diese 2 1/2 Millionen t erfordern rund 15 Milliarden M. Würde das Brot nur aus ausländischem Mehl hergestellt, dann würde es 14,25 M. kosten. Mehrere Milliarden M. müßten deshalb aufgewendet werden, um den Brotpreis niedrig zu halten. Ob das bei unserer schlechten Finanzlage auch weiterhin möglich sein wird, wird in maßgebenden Kreisen bestritten. Es muß deshalb unter allen Umständen nicht nur die Produktion im Lande gehoben, sondern auch vor allem darauf gedrungen werden, daß die Landwirtschaft ihre Ablieferungspflicht erfüllt.

Bezüglich der Kartoffelversorgung sind wir etwas günstiger daran wie im verfloßenen Jahre. Das

Bezüglich der Sozialisierung der Textilindustrie stellt sich der Verbandstag auf den Standpunkt, daß die, sowohl in der Produktion wie auch im Konsumbezug und Absatz, sehr komplizierte und verschiedenartige Textilindustrie für eine Sozialisierung, wie sie von radikaler Seite vertreten

geht daraus hervor, daß im Oktober z. B. 152 772 Eisenbahnwagen für Kartoffeln bereit gestellt worden sind gegen nur 84 000 im Oktober vorigen Jahres. Im November z. B. wurden doppelt soviel Wagenladungen auf den Weg gebracht als im November 1919. In Summa wurden in der Zeit bis zum 13. November auf der Eisenbahn befördert: 61 772 000 Zentner, gegen 29 794 250 Zentner in der gleichen Zeit des letzten Jahres. Ob das eine Folge des freien Handels ist oder weil mehr Kartoffeln vorhanden sind, wird man nicht klar entscheiden können. Jedenfalls hat auch die Höhe des Preises (man hat bis zu 50 M. und mehr für den Zentner gefordert und auch erhalten) die Landwirtschaft bewegen, mehr Kartoffeln abzugeben. Ein großer Teil der Bevölkerung konnte sich deshalb mit Kartoffeln für den Winter eindecken.

Mit der Milch- und Butterversorgung steht es traurig aus. Wenn auch unser Viehbestand zahlenmäßig etwa der gleiche ist wie in den letzten Jahren, so ist doch die Qualität des Viehes infolge des fehlenden Futters zurückgegangen. Hierzu kommt, daß die Maul- und Klauenseuche verheerend gewirkt hat. Die Spenden, die wir aus dem Ausland bekommen, können den Ausfall natürlich nicht ausgleichen. Trotzdem verlangt die Entente noch die Ablieferung von 800 000 Milchkuhen. Jeder gerecht denkende Mensch muß diese Forderung mit Enttäuschung zurückweisen. Es ist uns zwar gelungen, in bezug auf die Frist etwas Entgegenkommen zu finden, jedoch verzichtet haben unsere Feinde auf ihre Forderung nicht.

Die Fleischversorgung ist seit dem 1. Oktober nicht mehr der öffentlichen Bewirtschaftung unterworfen. Das könnte man alsbald nach Aufhebung der Zwangswirtschaft an den überfüllten Fleischläden sehen — aber auch an den Preisen. Da auf dem Lande für Vieh jeder Preis gezahlt wird, besteht die Gefahr, daß mehr Vieh abgestoßen wird als gut ist, und man hört da und dort schon, daß sogar tragende Kühe in den Schlachthof wandern. Das kann ein Ende mit Schrecken geben. Man ist deshalb in manchen Gemeinden u. a. M. zu Preisen dazu übergegangen, wieder einzupreisen. Die weitere Entwicklung muß zeigen, ob nicht wieder Maßnahmen getroffen werden müssen, um sowohl die Landwirtschaft als auch den Handel zur Vernunft zu bringen.

Die Öl- und Fettversorgung ist ebenfalls freigegeben. Der Versorgung gestaltet sich befriedigend. Die Ueberwachung der Einfuhr ist einem Ausschuss übertragen.

Die Zuckerversorgung hat in diesem Jahre ihren Tiefstand erreicht. Das trifft aber nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zu, weil die Weltproduktion von 1912/13 bis 1920 um 2,8 Millionen t zurückgegangen, während der Bedarf gestiegen ist. Um den Hübenbau zu fördern, sind entsprechende Maßnahmen getroffen. Der Ausfall aus der kommenden Zuckerrnte wird gegen 20 Millionen Zentner Verbrauchszucker geschätzt. Auch die mangelhafte Kohlenversorgung wirkt ungünstig auf die Zuckerverproduktion ein. Man hofft jedoch in absehbarer Zeit in Deutschland wieder soviel Zucker erzeugen zu können, um nicht nur auf die Einfuhr verzichten, sondern sogar noch Zucker ausführen zu können.

Der Schleichhandel wird sicherlich durch die Freigabe der meisten Lebensmittel abebben. Kartoffeln, Gemüse, Obst, Hülsenfrüchte, Reis, Fisch, Nährmittel usw. sind im freien Handel zu haben. Beschränkungen bestehen nur noch für Getreide, Milch, Butter und Zucker. Man kann deshalb nicht mehr sagen, man könne nur leben, wenn man sich des Schleichhandels bediene. Das ist eine günstige Wirkung. Die Moral des Volkes wird dadurch wieder gehoben werden. Die Gefahr ist jedoch, daß die Preise für die freigegebenen Produkte gestiegen sind. Ob das auf die Dauer so bleiben wird, steht dahin. Jedenfalls ist die Lebensmittelversorgung heute nicht mehr so sehr eine Mengenfrage als eine Preisfrage. Wenn die Produktion noch mehr steigt und damit das Angebot

dürfte der Preis von selbst sinken. Die Regierung hat zur Hebung der Produktion und um die Mengen zu vermindern auch zur Steigerung der Einfuhr entsprechende Maßnahmen getroffen. Bis wann diese sich allerdings auswirken, kann heute noch nicht gesagt werden.

Wenn man auch in der kommenden Zeit noch sparsam wirtschaftet und von knappen Rationen leben muß, so besteht doch keine Ursache zum Verzweifeln und von einem bevorstehenden Zusammenbruch unserer Lebensmittelversorgung zu reden.

„Freie“ Gewerkschaftsstrategie.

Von unserer bergischen Bezirksleitung erhielten wir nachfolgende Einsendung mit der Bitte um Veröffentlichung:

In der „Freien Presse“ erschien unter Nr. 295 ein Artikel, überschrieben: „Praktische Arbeit der christlichen Gewerkschaften“ und unterzeichnet von der Gauleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes von Rheinland und Westfalen. Wir haben letzthin schon festgestellt, daß es infolge der sozialistischen Zerlegung und des Agitationsmaterials des Deutschen Textilarbeiterverbandes außerordentlich schlecht bestellt ist, wenn die Gauleitung glaubt, in dem oben angeführten Artikel einen Streit von zwei Gewerkschaftsvertretern in irgend einem Ort, den man erst auf der Landkarte suchen muß, als Agitationsmaterial gegen uns zu benutzen, so kann uns das im allgemeinen gleichgültig sein. Jedoch sind wir der Ansicht, daß es sehr schlecht in den Reihen des Deutschen Textilarbeiterverbandes bestellt ist, wenn man zu solchen Agitationsmitteln greift. Aber die Dinge gehen ja noch weiter. Außer diesem Fall muß auch in Versammlungen und in den Betrieben ein persönliches Rundschreiben an unsere Mitglieder der Damer Ortsgruppe als Agitationsmaterial dienen. Des weiteren hat man die Moral in den Reihen des Deutschen Textilarbeiterverbandes schon soweit zurückgestellt, daß man glaubt, auch interne Besprechungen zwischen den einzelnen Zentralvorständen als Agitationsmaterial in der gleichen Weise verwenden zu müssen.

Der weltbewegende marxistische Gedanke scheint demnach als Agitationsmaterial seine Zugkraft verloren zu haben, sonst würde man nicht ständig alle Kleinigkeiten an den Haaren heranziehen, um die am Sozialismus verzweifelnden Mitglieder der freien Gewerkschaften von den christlichen Gewerkschaften fernzuhalten.

Um aber auch einmal zu zeigen, wie beim Deutschen Textilarbeiterverband Arbeiterinteressen vertreten werden, diene folgender Vorfall: Der Gewerkschaftssekretär Panhuis aus Versichlag, des Deutschen Textilarbeiterverbandes, dessen Reich im Aggental liegt, hatte letzthin in der dortigen Arbeitsgemeinschaft mit unserm Kollegen August Müller aus Niedersemar, Verhandlungen über eine Arbeitsordnung. Bei Beginn der Verhandlungen stellte unser Kollege den Antrag, als Grundlage für die Verhandlung über die Arbeitsordnung den Entwurf des Sozialausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie in Berlin zu nehmen. Das war den Arbeitgebern sehr unangenehm und es sollte unter allen Umständen ihre vorgelegte, die Arbeiterchaft direkt schädigende Arbeitsordnung als Unterlage gelten. Als unser Kollege einen Augenblick den Verhandlungsraum verlassen mußte, wurde von dem oben genannten Herrn Panhuis diese Gelegenheit benützt und ging derselbe auf den Wunsch der Arbeitgeber ein. Dadurch wurde eine Arbeitsordnung zustande gebracht, die in ihrer Gesamtheit eine direkte arbeiterschädigende Tendenz aufweist.

Die vereinigten Betriebsräte beider Organisationen haben in einer Sitzung diese Arbeitsordnung abgelehnt. Daraufhin ging der „arbeiterschädigende“ Herr Panhuis

dazu über und wandte sich an den dortigen Gewerbeinspektor, um mit dessen Hilfe den Arbeitern die „famose Arbeitsordnung“ mündgerecht zu machen. Über auch das ist nicht gelungen, weil die Arbeiterchaft von der Güte der Arbeitsordnung nicht zu überzeugen war.

Nunmehr tritt der Arbeitgeberverband schriftlich an die gewerkschaftlichen Organisationen heran und teilt denselben mit, daß er die fristige Arbeitsordnung dem Kölner Schlichtungsausschuss unterbreiten wolle.

Die Bezirksleitung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands hat daraufhin dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, daß sie es ablehnen müsse, eine für die Arbeiterchaft unannehmbare Arbeitsordnung als Verhandlungsobjekt beim Schlichtungsausschuss dienen zu lassen. Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands kann dem Arbeitgeberverband und auch dem Herrn Panhuis den Gefallen nicht tun, eine die Arbeiterchaft schädigende Arbeitsordnung durch einen Schiedspruch unter Umständen festlegen zu lassen.

Um in der Sache weiter zu kommen, haben wir dem Arbeitgeberverband eine neue Unterlage für eine neue Arbeitsordnung eingereicht.

Wir überlassen es dem gesunden Sinn der Arbeiterchaft des bergischen Landes, sich ein Urteil über die Agitationsmethoden des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu bilden und sind gerne bereit, wenn es notwendig sein sollte, noch weitere Proben von der praktischen Arbeit des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu veröffentlichen.

Praktische Arbeit des Deutschen Textilarbeiterverbandes

Im obigen, mit „Freie“ Gewerkschaftsstrategie überschriebenen Artikel mußten wir uns mit Auslassungen der „Freien Presse“, die in Nr. 295 dieses Blattes erschienen waren und sich gegen die „praktische Arbeit der christlichen Gewerkschaften“ richteten, etwas näher befassen. Wie nun gerade die „Freie Presse“ am allerwenigsten Ursache hat, sich über die Arbeit der christlichen Gewerkschaften zu äußern, wird man am besten dann erkennen können, wenn man nachstehenden Auszug aus eben dieser „Freien Presse“, den wir unten veröffentlichen und der in der „Freien Presse“ Nr. 296 — also genau einen Tag später, nachdem man unsere Organisationen in demselben Blatte angerempelt hat — erschienen ist, genauer durchliest. Man wird dann aber auch eine Erklärung haben dafür, daß der deutsche Textilarbeiterverband besonders in der letzten Zeit unsern Verband und seine Leitung wiederholt als ein Mittel gebraucht hat, um seine Mitglieder abzulenken von den immer größer werdenden Schwierigkeiten im eigenen Lager. Die Besprechung nachfolgenden Besammlungsberichtes in der „Freien Presse“ zeigt uns blühlichartig, was sich in den Deutschen Verband schon seit geraumer Zeit hinter den Kulissen abspielt, und wie können es darum sehr wohl begreifen, daß die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in ihrer Not und nach dem alten Rezept die bösen Christlichen als Blühleiter benützt. Unter der Ueberschrift: „Auf nach Moskau!“ steht in der ersten Beilage zur „Freien Presse“ Nr. 296 vom 18. Dez. 1920 wörtlich zu lesen:

Uns wird geschrieben: Der Deutsche Textilarbeiterverband (Filiale Barmen) hielt am Samstag, den 11. Dezember, seine erste Generalversammlung im neuen Geschäftsjahe ab. (Vertreter: 1000.) Auf der Tagesordnung stand u. a.: Wahl der beiden Vorsitzenden. (Die andern Vorstandsmitglieder waren schon in den Branchenversammlungen gewählt worden. Jede Branche ein Vorstandsmitglied.) Kollege Barlogie erläuterte zu diesem Punkt den Beschluß der Branchenleiter und B.-K.-Kommission, der dahin lautet, daß zwei Bevollmächtigte gewählt werden sollten, wovon der eine ein Angestellter, der zugleich erster

Falsch organisiert.

Von Verbandskollegin Maria Fuchs-Barmen.

II.

Auch die beiden Kollegen waren nicht müßig geblieben. Es fand sich immer der eine oder andere Begleiter, der auf solcher Fahrt war, aber durch ein gutes Fremdenwort sich zurückzuziehen.

Gerade lagen sie in der eiterlichen Wohnung eines jungen Mannes, der ihnen erklärte: „Es dauert mich ja längst, daß ich frei organisiert bin, und ich weiß, daß es sich nicht mit den Satzungen des katholischen Gewerkschafts vereinigen läßt.“ Ich, verträglich. Aber wenn ihr wüßtet, wie die beiden Brüder mir mitgespielt haben. Ein Sanftmütiger als ich hätte der Schuld verloren. Aber was sollte ich machen, die Arbeitslosigkeit war schlecht, meine alte Mutter besaß sich gerade im Krankenhaus und ich mußte die Arztkosten aufbringen. Da habe ich mich denn launisch der Gewerkschaft und bin übergetreten. Aber wenn es mit der neuen Stelle klappt, organisiere ich mich wieder christlich, hier die Hand darauf.“

Und nun haben die beiden Männer im Januar eines vergangenen Jahres.

Ein Jugendfreund des einen Kollegen wollte hier wohnen, zufällig hatte er keine Ahnung erfahren. Die Hauswirtsin des Gewerkschafts war sie in ein unheimliches, düsteres Manierhaus gewandert. Recht hell und freundlich war das. Durchs beschriebene Fenster sah man auf enge Höfe und Schlöße und Steinhäuser.

Im Zimmer selbst aber, auf dem Rande des ungemessenen Bettes, sah ein noch jünger Mann und hinterer hinter sich hin. „Hier Joseph, Deinich!“ rief ihm die Wirtsin zu.

„Ja, ich bin hier,“ antwortete er, „hast du denn nicht gesehen, daß ich ja etwas ganz Neues. Aber treten Sie nur näher! Können Sie etwas für mich? Und die praktische Arbeit?“

„Was können die Gewerkschaften denn?“

„Was können sie machen die beiden Männer von hier?“

„Gemeinschaft sind sie?“ Und eine Flut gekrümmter Schmäheben kam aus seinem Munde.

„Joseph“, rief ihm der ehemalige Freund traurig zu: „Wenn deine gute, brave Mutter dich so reden hörte!“

Der große Spracher, Hornesglut auf den Wangen, schweigend, und der Freund von einst fuhr fort: „Ja, deine gute Mutter, sie hat mir manches Butterbrot zugesteckt, als ich noch ein kleiner Junge war. Und ins warme Zimmer hat sie mich oft gepöbelt, wenn ich draußen frost und meine eigene Mutter fort arbeiten war. — Denkst du noch daran, Joseph? Und weißt du noch Joseph, später, wie lustig es oft im Junglingsverein war. Da waren wir auch fröhliche, unbesorgte Jungen. Wie hat's dir denn später gegangen? Hast ja auch mal eine Frau gehabt?“

Bei diesen letzten Worten fuhr Joseph aus seinen Gedanken auf: „Ja, die Elisabeth, war auch so ein lautes Dackel wie ich. Aber immerhin, treu und gut war sie, und wenn die andere nicht begünstigt gekommen wäre, die mit den Fingerringen, sie hätte.“

Wie im Selbstgespräch rebete er fort:

„Sie arbeitslos neben mir in der Spinnerei, die tolle, launische Grete, und wenn sie mir Spinnerei zum Abendessen brachte, lachte sie immer und war outer Dinge. Und sie lachte und tollte und machte mich kühn und wild und verdrängte meine launische Grete. Sie gab mich frei und ich glaubte nun erst das volle Glück zu besitzen. Ich wartete, und in meinen Träumen von der Zukunft baute ich meiner schwarzen Schmeichelei eine launische Frau. Aber sie lachte mich aus und zog mich von einem Vergnügen ins andere.“

Eines Tages schrieb sie mir, ihre Großmutter sei gestorben. Sonntag mußte sie zur Beerdigung in die Nachbarstadt. An dem Sonntag nun wurde mir so recht warm, wie sehr ich an dem Mädchen hing.

Angewendet und gelangweilt schlenderte ich gedanklos durch die Straßen, und da — da —

Der Erzähler lachte mühsam auf.

„Und er, aus einem hellerleuchteten Resonanz trat mein helbes Gesicht, beglückt von zwei eleganten Herren. Und sie lachte mich angetraut an, lachte als ich sie am Handgelenk packen und Anhänglichkeit fürbete.“

„Was willst du denn“, jagte sie. „Kannst wohl die Gedanken der modernen Zeit immer noch nicht fassen? Ausleben heißt die Parole, kannst es ja ebenso halten. Bist eben ein launischer Kerl, darum habe ich auch für heute mal andere Gesellschaft gewählt.“

„Da habe ich, angeekelt, ihre Hand zurückgestoßen, die einen Ring mit falsch blinkenden Steinen trug, der nicht von mir war. Seit jener Zeit aber bin ich froh, nicht mehr einer der euren zu sein, denn ihr predigt von Vergeben und mein Religion ist der Haß. Ja, hassen will ich und Rache und Ansturm.“

Was ich besaß und gepart, habe ich seitdem verpraht und verjubelt. Eigentlich hat das Leben keinen Wert mehr für mich, aber ich warte auf die neue Revolution, da will ich selbst die rote Fahne nehmen und mag der Weg auch über Leichen gehen.“

Die Stimme des Sprechers klang heiser vor Erregung, finster strakte er hincus ins düstere Grau der Umgebung.

Noch einmal drang der Jugendfreund in ihn: „Joseph —“

aber eine ungeduldige Handbewegung wies ihn ab.

Unschlüssig standen die beiden Männer eine Weile, dann wandten sie sich zum Gehen.

„Es doch — daß sie noch einen Moment geblieben wären. Als die Tür sich hinter ihnen geschlossen, trat der junge Mann vom Fenster weg und warf sich, aufstöhnend, auf das zerwühlte Bett.“

„Weiter!“ rang es sich von seinen Lippen, und ein Schluchzen schüttelte seinen Körper.

Wenn jetzt einer dagewesen wäre und hätte den aufbrechenden Quellen im Innern des Einsamen einen Weg gebahnt durch Schutt und Geröll, aber es war keiner nahe. Die Quellen verfestigten, die Kette ging unter und der Haß blieb Sieger.

Mittag war längst vorbei als die vier Werber ihrer Sache wieder zusammentraten. Der älteste Kollege, etwas niedergeschlagen wegen einiger Mißerfolge, der jüngere noch ganz unter dem Eindruck des Zusammenkommens mit dem einflussigen Freunde stehend, die kleine Ida ganz benommen und ein wenig verschüchtert von dem vielen Neuen, das sie heute gesehen und gehört und Elisabeth voll froher Auversicht.

„Wir dürfen keinen aufgeben“, meinte sie. „Und denen, die uns ablehnen, müssen wir nachgehen in verständig.“

bedeutungsvoller sein dürfte, der andere ein noch im Verufe tätiger Kollege sein soll. Er verwies als Beispiel auf den Metallarbeiterverband, bei dem dieses System schon seit langem besteht und sich gut bewährt habe. Durch die Größe der Fikale (15000 Mitglieder) seien die Geschäfte so umfangreich geworden, daß ein aus dem Bereiche gewählter Vorsitzender nicht in der Lage sei, den Anforderungen, die an ihn gestellt würden, voll zu entsprechen. — Es wäre besser gewesen, wenn ein Nichtangehöriger diesen Punkt erläutert und vorgetragen hätte, denn nun erschienen die eingetragenen „Bongensreffer“ revolutionären Courteurs auf der Bühne, die in dieser Neuregelung eine „Macht der Fikalen“ sahen. Nach längerer, auf ziemlich niedrigem Niveau stehenden Debatte, die in einer vollen Geschäftsordnungsdebatte endete, wurde dem Antrag der Branchenleiter zugestimmt. Daraufhin erfolgte die Wahl Wehners zum ersten Bevollmächtigten. Durch die Stillschließung oder Sabotage des bisherigen Vorsitzenden, der auch Gegner der Neuerung ist, entstand wieder eine Geschäftsordnungsdebatte, bis endlich zur Wahl des zweiten Bevollmächtigten geschritten werden konnte. Vorgeschlagen waren die Kollegen Pöhler, Junf, Kämpfer und Jäger. Durch Stimmzettelwahl erhielten: Junf 92, Pöhler 82, Kämpfer 38 und Jäger 18 Stimmen. Erneute Geschäftsordnungsdebatte, ob höchste Stimmzahl oder absolute Mehrheit entscheidend sein sollte. Da nach althergebrachter Gepflogenheit absolute Mehrheit notwendig ist, mußte zwischen Pöhler und Junf Stichwahl stattfinden. Pöhler trat nun zurück in dem Glauben, das Wahlverfahren zu beschleunigen und daß Junf dann als gewählt zu betrachten sei. Diesem Irrtum erlag auch Wehner, indem er nach dem Zurücktritt Pöhlers die Erklärung abgab, daß, sobald Junf Anstalten mache, laut programmatischer Verpflichtung als Neumontant, die Gewerkschaften zu zertrümmern, in ihm einen heftigen Gegner finden würde. Resultat: Eine mit allen persönlichen Geffälligkeiten durchsetzte Debatte. Junf verwahrte sich gegen die politische Anempfehlung, da er als Neumontant ein Recht darauf zu haben glaubte, im Gegensatz zu den S. P. D. „Zerstörern“. Zwischenworte machte Kollege Barlogie die Versammlung darauf aufmerksam, daß Junf noch nicht als gewählt zu betrachten sei, nachdem Pöhler zurückgetreten sei, sondern daß nun eine Stichwahl zwischen Junf und Kämpfer stattfinden müsse. Daraufhin noch heftigeres Geschimpfe gegen die „Bongens“. Der Er-Polizeikommissar Hütt tat sich dabei besonders hervor. Gerade er hatte alle Ursache dazu, da er sich schon mehrere Male bemüht hat „Bongens“ zu werden und schon deshalb nicht in Frage kam, weil er noch nicht lange genug dem Verbande angehört. Schließlich mußte doch ein erneuter Wahlgang zwischen Junf und Kämpfer stattfinden. Ergebnis: Junf 118, Kämpfer 80 Stimmen. Somit war Junf neben Wehner zum Vorsitzenden gewählt.

Schuld an diesem Resultat ist zum großen Teile die furchtbare konfuse Versammlungsleitung, das Geschimpfe auf die „Bongens“, durch das bei vielen der Glaube erweckt wurde, als wenn die Angestellten persönliche Angst vor Junf hätten. Zum größten Teile natürlich die Inkonsistenz der Betreuen um Christmann und Sauerbrey. Man will doch nicht auf einmal weniger „revolutionär“ geworden sein! Dieser einen „Moskauer“ als einen S. P. D. Mann! Die Agitation Sauerbrey's ist noch ihre Wirkung aus. Ursache und Wirkung. Bei den letzten Betriebsräteahlen haben wir die Wirkung so recht zu spüren bekommen: Lieber einen „S... lopp“ als einen geschulten S. P. D. Gewerkschaftler! In vielen Fällen kam ein ehemaliger Streikbrecher und Seelenverkäufer an die Spitze und unsere Genossen wurden an die Wand gedrückt! Sauerbrey's Assistent v. Scheidt machte den Kopf dann innerhalb des Textilarbeiterverbandes in Warmen noch recht fett und bei jeder Gelegenheit mußte das „Glaubensbekenntnis“ abgelegt werden. Die Folge davon war, daß zu Kongressen usw. Leute geschickt wurden, die in vielen Fällen einen vernichtenden Eindruck vom geistigen Zustande der Wuppertaler Arbeiter erwecken mußten. Sogar von der Schulung der Betriebsräte wurden unsere Genossen ausgeschlossen, so daß sich unsere Parteileitung, schon eifrig darum bemüht hat, den S. P. D. Betriebsräten Kurve zu erteilen. Dobbert, dem Verfasser des Artikels „a der Samstag-Nr.: „Dem die Gefahr der Gewerkschaftsplanung“, wäre zu empfehlen, sich mit Christmann in Verbindung zu setzen, um über dieses Thema in den Distriktsversammlungen der U. S. P. referieren zu lassen.

Trotz allem übten Gestank dürfen sich unsere Genossen den Besuch der Versammlungen nicht verkümmern lassen. Denn mit Dobbert gerebet: Es geht um die Zukunft unserer gesamten Arbeiterbewegung! Die Geschichte wird einst über den Opfermut und die Ueberzeugungstreue unserer Genossen sowie über die Leichenfledderer der Revolution ihr Urteil fällen.

Soweit die Darstellung in der „Freien Presse“. Nach diesem können wir es uns wohl leisten, an diese Auslassungen noch irgendwelche Erläuterungen anzuknüpfen. Sie würden ja auch nur die Wirkung der anschaulichen Schilderung dieser „praktischen“ Gewerkschaftsarbeit abschwächen.

Allgemeine Rundschau.

Zum Streit der Berliner Hotels.

In Berlin haben die meisten größeren Hotels ihren Betrieb geschlossen, weil gegen einige die Staatsanwaltschaft und das Polizeipräsidium auf Grund der Wucherungsverordnung eingeschritten sind. Die gesamte Bevölkerung und auch die bürgerliche Presse forderte unablässig ein schärferes Zugreifen gegen Wucherer und Schieber. So hat erlassen sich aber mit den gefassten Wucherern und Schiebern die meisten der besseren Hotels solidarisch und schlossen ihre Küchensbetriebe. Man behauptet, ohne Verstoß gegen gesetzliche und behördliche Maßnahmen die Betriebe nicht ordnungsgemäß führen zu können, weil sich die Unmöglichkeit strikter Innehaltung der Verordnung gezeigt habe. Die Hotelbesitzer finden nicht nur in einem großen Teil der bürgerlichen Presse Unterstützung, sogar der Betriebsrat gibt sich dazu her, scharfen Protest gegen die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft zu erheben. Man verweist darauf, der Fremdenverkehr in Berlin würde herabgemindert, viele Angestellte arbeitslos, es dürften nicht willkürlich Sündenböcke gesucht werden, das ganze Vorgehen solle nur dazu dienen, den kapitalistischen Anstrich der Regierung zu verdecken. Der Betriebsrat fordert sogar eine allgemeine Amnestie für Vergehen gegen die Wuchergesetze. Demgegenüber muß doch darauf hingewiesen werden, daß nach dem Abbau der Zwangswirtschaft

die Hotelbesitzer wohl in der Lage sind, ihre Gäste nach Wunsch zu versorgen. Der Zwangswirtschaft unterliegen heute nur noch Brotgetreide, Milch, Butter und Zucker. Es steht den Hotelbesitzern also frei, ihren Gästen vorzulegen Fleisch- und Wurstwaren aller Art, Fische, Kartoffeln, Wild, Geflügel, Meis, Bohnen, Erbsen, Gemüse und Obst, Eier, Käse, Margarine, Pflanzenfett, Speisefett, Gänsefett, Marmelade usw. Es ist also gar nicht wahr, daß man heute noch sich unbedingt des Schleichhandels bedienen müsse, um die Gäste zu versorgen, zumal sie ja auch Brot, Butter und Zucker auf ihre Karten erhalten. Zum Leben unbedingt notwendig sind keine Bedereien aus feinstem Mehl, Sahne und Zuckerspeisen. Viel notwendiger gebrauchen diese Lebensmittel unsere Kranken, Kinder und Mütter. Wir haben es wirklich weit gebracht, wenn wir in einer Zeit, in der Millionen Menschen nicht wissen, womit sie ihren notwendigen Lebensunterhalt bestreiten sollen, und in der Hunderttausende an Unterernährung sterben, hören müssen, daß man Berliner Hotels schließt, weil sie nicht die Genehmigung bekommen, schrankenlos weißes Mehl, Butter und Zucker zu verwenden, denn darauf läuft die ganze Aktion hinaus. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Regierung in diesem Falle nicht nur recht gehandelt hat, sondern daß sie sich unter keinen Umständen von den Hotelbesitzern dazu zwingen lassen darf, nachzugeben. Es gibt auch noch andere Mittel, die Betriebe wieder in Gang zu setzen. Man findet ja auch Mittel, wenn Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben streiken, diese Betriebe in Gang zu halten. Unsere Bevölkerung sollte sich von dem Geschrei der Berliner Hotelbesitzer nichts ins Vordachhorn jagen lassen.

Der neue deutsche Buchdrucker-Tarif

ist am 1. Januar 1921 in Kraft getreten. Er hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1922. In der Urabstimmung über den Tarif stimmten etwa zwei Drittel der Gesamtgehilfen für die Annahme, ein Drittel gegen die Annahme des Tarifs. Die Grundlöhne sind nach der Dreiklasseneinteilung der Reichsbesoldungsordnung festgesetzt und betragen in der Lohnklasse A bis zu 21 Jahren 125,— bis 156,25 M., in der Lohnklasse B von 21 bis 24 Jahren 130,— bis 162,50 M., in der Lohnklasse C über 24 Jahre 137,50 bis 171,90 M. Dazu treten bewegliche Teuerungszulagen, die zur Zeit in der Lohnklasse A 52,— bis 100,50 M. betragen, in der Lohnklasse B 53,— bis 100,50 M. und in der Lohnklasse C 52,— bis 98,60 M. Beheiratete erhalten in allen Lohnklassen 8,— M. mehr. Im Buchdruckgewerbe sind Wochenlöhne üblich. Die gesetzlichen und landesüblichen Wochenfeiertage werden dabei ebenfalls bezahlt. Alljährlich in den Monaten Mai bis Oktober hat jeder Gehilfe unter Fortzahlung des Lohnes Anspruch auf einen Erholungsurlaub, der sich nach der Dauer der Beschäftigungszeit in den Betrieben richtet. Es werden gewährt bei einer Beschäftigung von 9 Monaten im Betriebe 5 Arbeitstage, für jedes weitere Beschäftigungsjahr steigt der Urlaub um je einen Arbeitstag bis zur Höchstgrenze von 15 Arbeitstagen. Neu aufgenommen wurden in den Tarif die Postgeldentschädigung, Ueberstundenentschädigung und die Ferienfestsetzung für Lehrlinge. Den Lehrlingen werden danach Postgeld- und Teuerungszulagen gestaffelt nach der Dreiklasseneinteilung und nach den Lehrjahren anfangend von 19,80 M. bis 40,25 M. gezahlt. Jeder Lehrling hat Anspruch auf jährlich 6 Ferientage. Bemerkenswert ist ferner, daß die Beherlingsstaffel eine wesentliche Verringerung erfuhr. In Zukunft ist es dem Unternehmer ohne einen Gehilfen nicht mehr gestattet, Lehrlinge auszubilden, selbst wenn er die gesetzliche Befugnis dazu aufweist. Es entfallen auf 1—4 Gehilfen ein Lehrling; auf 5—10 Gehilfen 2 Lehrlinge; auf 11—18 Gehilfen 3 Lehrlinge; auf 19—30 Gehilfen 4 Lehrlinge; auf 31—42 Gehilfen 5 Lehrlinge; auf je 12 weitere Gehilfen je ein Lehrling mehr. Der deutsche Buchdrucker-Tarif ist kein Organisations-Tarif, sondern von Allgemeinheit zu Allgemeinheit abgeschlossen. Der Gutenberg-Bund, christlich-nationale Buchdruckerorganisation, hat es diesmal erreicht, neben dem sozialdemokratischen Verband als vollberechtigter Tarifkontrahent anerkannt zu werden. Um diese Gleichberechtigung hat der Gutenberg-Bund lange Jahre gekämpft. Heute hat er sich durchgesetzt, und es sollte keinen christlich-nationalen Buchdrucker mehr geben, der nicht die Konsequenzen zieht und dem sozialdemokratischen Verband den Rücken kehrt. In den deutschen Buchdrucker-Tarif eingegliedert ist der Reichs-Tarif für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal Deutschlands. Im Gegensatz zum Buchdrucker-Tarif ist dieser Hilfsarbeiter-Tarif von Organisation zu Organisation abgeschlossen. Der Graphische Zentralverband, die christlich-nationale Organisation aller graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, mit Ausnahme der Buchdrucker, ist Mitkontrahent dieses neuen Tarifs.

Verband christlicher Gutarbeiter Deutschlands.

Der bisherige Allgauer Strohhutarbeiterverband hat sich mit Wirkung vom Januar 1921 ab mit dem Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes vereinigt. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hutindustrie und den verwandten Industriezweigen wird innerhalb des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes eine besondere Fachgruppe gebildet. Diese führt den Titel: „Berufsverband christlicher Gutarbeiter Deutschlands“. Die Tätigkeit der Fachgruppe wird sich auf die gesamte deutsche Hutindustrie erstrecken. Damit ist, auch den nichtsozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterinnen der Hutindustrie die Möglichkeit gegeben, sich ihrer Weltanschauung gemäß einem christlichen Berufsverbande anzuschließen. Es liegt im Interesse unserer Gesamt-

bewegung, den Berufsverband christlicher Gutarbeiter allseitig nach besten Kräften zu unterstützen. Näher Auskunft über Organisations- und Tariffragen für Gutarbeiter gibt die Geschäftsstelle des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes, Köln, Deutzerwall 9.

Die russischen Heimzellen in Tätigkeit.

Im deutschen Metallarbeiterverband, Ortsgruppe Hamburg, haben laut Hamburger Nachrichten, die Radikalen der Moskauer Richtung einen Sieg davon getragen. In einer von 4000 Personen besuchten Versammlung der Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes war eine Entschließung eingebracht worden, welche energische Maßnahmen gegen die Agitation für die dritte Internationale forderte. Diese Entschließung wurde abgelehnt. Dagegen wurde eine Entschließung angenommen, daß der Metallarbeiterverband dafür eintritt, daß die Maßnahmen gegen die Anhänger der Moskauer Richtung rückgängig gemacht werden.

So rücken die „freien“ Gewerkschaften immer weiter nach links ab. Können noch christlich denkende Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn sie Mitglieder dieser Verbände sind, einen solchen Kurs mitmachen?

Aus unserer Industrie.

Frankreich verlangt deutsche Textilmaschinen von den tschecho-slowakischen Industriellen zurück.

Die französische Regierung verlangt, daß die Textilindustriellen der Tschecho-Slowakei Textilmaschinen deutschen Ursprungs, welche angeblich teilweise in Nordfrankreich und in Belgien während des Krieges abmontiert worden sind, wieder zurückgeliefert werden. Gegen dies Verlangen erhebt die Regierung der Tschecho-Slowakei Einspruch. Wie wir hören, kann es sich nur um ganz wenige Maschinen handeln und zwar nur um Appreturmaschinen. Es wird interessant sein, die weitere Entwicklung der Angelegenheit auch vom Standpunkt der deutschen Textilindustriellen abzuwarten.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes.

Aus der Baumwollindustrie wird berichtet, daß die Fabrikanten mit früher erhaltenen Aufträgen noch genügend beschäftigt sind und zwar auf Monate hinaus. Die Preislage im allgemeinen hat keine Veränderung erfahren. In der Leinen- und Juteindustrie ist die Preislage ebenfalls unverändert. Die Beschaffung der Rohstoffe hat sich für die Erzeuger etwas günstiger gestaltet. Was die Wirkwarenbranche anbelangt, so darf der allgemeine Geschäftsgang nach wie vor als befriedigend bezeichnet werden. Etwas ruhiger liegt das Geschäft in der Seidenwarenfabrikation, während andererseits die Hersteller von wollenen und halbwollenen Geweben in fast allen Teilen des Reiches über genügende Aufträge verfügen. Größere Aufträge mit längerer Lieferzeit werden jedoch kaum erteilt, da der Rückgang der Wollpreise die Käufer zur Vorsicht mahnt.

Aus der Kunstseidenindustrie.

Die Tages- und Fachblätter berichten in der letzten Zeit von lebhaften Klagen der deutschen Kunstseidenindustrie über die unbefriedigende Lage in dem Zweige. Insbesondere wird darüber Beschwerde geführt, daß die Ausfuhr in deutschen Kunstseiden sehr zurückgegangen wäre. Diese Tatsache ist damit in Verbindung zu bringen, daß die Kunstseidenindustrie in England sich sehr erweitert hat, und daß auch andere Länder, nach denen Deutschland früher große Mengen Kunstseide exportierte, bis Fabrikation des Artikels aufgenommen haben. Man darf dabei auch nicht übersehen, daß auch deutsche Kunstseidenfabriken im Ausland errichtet. So hat in letzter Zeit die Vereinigte Glanzstofffabriken A.-G. in Elberfeld in Verbindung mit der Bodentreditanstalt in Wien und mehreren tschecho-slowakischen Banken in Ussig eine Fabrik zur Erzeugung von Kunstseide und Stapelfasern errichtet. Die neue Gesellschaft soll über ein Aktienkapital von 40 Millionen tschechischer Kronen verfügen.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Zur Frage der Amtsenthebung bzw. Kündigung der Betriebsratsmitglieder.

Die beiden Betriebsratsmitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes Direktors und Koppenhagen hatten am 29. Oktober v. J. die Arbeiterschaft veranlaßt, zwecks Demonstration vor dem Fabrikgebäude der Firma C. Deltus in Aachen, wo Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande und den Gewerkschaftsbeamten wegen Lohnforderungen stattfanden, die Arbeit niederzulegen, was denselben zum Teil auch durch Anwendung von Gewaltmaßnahmen gelungen war. Darauf Klage an den Schlichtungsausschuß seitens der Firma auf Amtsenthebung wegen grober Pflichtverletzung der oben genannten Betriebsratsmitglieder. Vom nachgerichteten Schlichtungsausschuß wurden in dieser Sache nachfolgende zwei beachtenswerte Schiedssprüche gefällt. 1. Schlichtungsspruch vom 7. Dezember 1920: Die Betriebsratsmitglieder D. und K. sind ihres Amtes enthoben.

Da der Betriebsrat nicht mehr vollständig war, mußte zur Neuwahl geschritten werden. Die Genossen versuchten nun, die durch den Schlichtungsspruch ihres Amtes ent-

hohen Betriebsratsmitglieder bei der Neuwahl auf die Kandidatenliste zu stellen, worauf die Firma dazu überging, die beiden zu entlassen. Aus diesem Anlaß wurde zwei Tage gestreikt, bis am 19. Dezember 1920 folgender Schlichtungsbescheid gefällt wurde:

2. Schlichtungsbescheid: Die beiden Betriebsratsmitglieder D. und R. dürfen sich bis zum 31. Dezember 1921 nicht mehr als Betriebsratsmitglieder in ihrem jetzigen Betriebe aufstellen lassen. Die Firma nimmt ihrerseits die Kündigung zurück. Die oben Genannten verpflichten sich, jede die Ruhe und Ordnung störende Tätigkeit im Betriebe zu unterlassen.

Aus unserer Bewegung.

Vom Fuße des „Rosenstein“.

In dem schönen Landschaftchen Heubach, das am Fuße der alten, vielbesuchten Burgruine „Rosenstein“ im östlichen Schwabenlande liegt, befinden sich zwei Korsettfabriken, die dem Städtchen das ihm eigene Gepräge geben, und ohne Zweifel auch viel zu seinem Aufschwunge beigetragen haben. Ueber 1000 fleißige, meist weibliche Hände rühren sich in den Betrieben Tag für Tag, um ihren Mitbewerbern in naher und auch in weiter Ferne die Instrumente zur Erzielung der so „bezaubernden“ Schönheit des Körpers zu schaffen.

Man mag über die Zweckmäßigkeit dieser „Verschönerungsinstrumente“ denken wie man will, vom sozialen Standpunkte aus kann man nur wünschen, daß recht viele davon gebraucht werden.

Interessieren wird es aber die schönen und weniger schönen Korsettträgerinnen im weiten Verbandsgebiete, einiges über die Arbeitsverhältnisse der Heubacher Korsettarbeiterinnen zu erfahren. Sie sind erst kurze Zeit der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen. Die Wogen der Revolution, die auch auf flache Land hinaus spülten, haben sie erfasst um sie der großen Schar der Kämpfer und Kämpferinnen in unserm christlichen Textilarbeiterverbande zuzuführen.

Seit dieser Zeit dauert aber auch ein erbitterter Kampf der bisher fast unumschränkt in Heubach herrschenden Korsettgewaltigen gegen die Berufsorganisation der Arbeiterin. Offen und insgeheim, mit „Judebrot“ und mit „Peitsche“ arbeiten die beiden Korsettfabrikanten gegen die ihnen so verhasste Organisation. Alle Mittel standen ihnen zur Verfügung. Die Tagespresse der verschiedenen Parteien war auf ihren großen Geldbeutel angewiesen und mußte auf sie Rücksicht nehmen. In der Gemeindeverwaltung spielten sie die erste Geige, und wehe dem, der es wagte, gegen sie aufzumachen. Der „Herr im Hause-Standpunkt“ kam wohl nirgends krasser zum Ausdruck als in Heubach. Und weil man es mit fast lauter Arbeiterinnen zu tun hatte, so glaubte man auch, mit der Organisation ruhig und jämerlos fertig werden zu können. Als das „Judebrot“ nicht mehr zog, zeigte man seine Macht und warf die Funktionäre des Verbandes nacheinander rücksichtslos auf das Pflaster. So wurden in etwa Jahresfrist vier Kolleginnen gemahregelt.

Bei der Verhandlung über die erste Mahregelung vor dem Schlichtungsausschuss im März 1919 gelang es dem betr. Arbeitgeber noch, ein obliegendes Urteil zu erwirken, da verschiedene Umstände zu seinen Gunsten sprachen. Er wurde ermüdet, versuchte es derselbe Arbeitgeber vor etwa fünf Wochen wieder, eine Kollegin, und zwar unsere Vorsitzende in Heubach, zu entlassen. Diesmal aber hatte er die Rechnung „ohne den Wirt“ gemacht. Der Betriebsrat, dessen Mitglied die Kollegin war, gab seine Zustimmung zur Entlassung nicht, und der vom Arbeitgeber angerufene Schlichtungsausschuss lehnte es ebenfalls ab, durch Schiedspruch die fehlende Zustimmung zu erzielen, trotz allen „Beweismaterials“, das in krassester Anstrengung beigebracht wurde.

Wäre der Schiedspruch für den Arbeitgeber günstig ausgefallen, dann wäre er für den Herrn ein Evangelium gewesen, er dem kein Böwig und kein Kaiser hätte rütteln dürfen. „Und der König absolut, wenn er unsem Willen tut.“

Weil aber der Schiedspruch gegen den Arbeitgeber ausfiel, so war er „ungerecht“. Unter keinen Umständen wollte man die Gemahregelte wieder einstellen und bot ihr eine Entschädigung an, die man auf Grund des § 87 des BGG. errechnen konnte. Die Arbeiterin lehnte dies jedoch rundweg ab und berief sich darauf, daß sie Mitglied des Betriebsrates sei und deshalb nicht entlassen werden könne, solange ein gesetzlicher Grund zur Entlassung nicht vorliege.

Da der Arbeitgeber aber trotzdem auf seinem ablehnenden Standpunkte beharrte, so haben wir uns an das württembergische Arbeitsministerium gewandt mit der Bitte, den Schiedspruch für rechtsverbindlich zu erklären und gegen den weiteren Verlauf der Angelegenheit mit Außeracht zu lassen.

Wir sind überzeugt, daß die Korsettfabrikanten Heubachs diesmal einen Dutzend bekommen werden, der ihnen eine heilsame Lehre sein wird.

Die Korsettarbeiterin Heubachs aber wird sich jedenfalls durch derartige Gewalttate in der Zone zu ihrer Organisation nicht beirren lassen, da sie erkannt hat, wo ihre Interessen gewahrt werden. K. S.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. Ueber 40 Prozent unterernährte Volksschulkinder. Die auf Anlaß der Untersuchung vorgenommene ärztliche Untersuchung der Kinder, die bis auf 36 Volksschulkinder, 19 fünfjährige Schulanfänger, auf die Waisenhauskinder, Kinder in Heimen und übrigen Wohlfahrtsanstalten erstreckt, hat folgendes Ergebnis gebracht: 41 Prozent der Volksschulkinder sind ausgeprochen unterernährt und 13 Pro-

zent an ihrer Gesundheit schwer geschädigt. Im ganzen sind 59 Prozent der Volksschulkinder der Nahrung dringender bedürftig. — Durch die Milchverjüngung hat die Stadt Nachen in den letzten Wochen mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Nimmereit ist es gelungen, täglich 4000 Liter holländische Milch zu beschaffen, die zur Hälfte zum Inlandspreise an Kinder und Kranke abgegeben werden soll, während die andere Hälfte zu entsprechend erhöhtem Preise in den freien Verkehr kommt. Der Stadt ist weiter die Einfuhr von 700 Waggons holländischer Kartoffeln genehmigt worden, wovon 150 Waggons bereits eingetroffen sind. Die holländischen Kartoffeln, die nach Erichpfung der einheimischen Kartoffelvorräte in der nächsten Woche ausgegeben werden, kosten im Kleinhandel 85 Pfennig das Pfund.

Dillen. Schuster bleibt bei seinem Leisten. Im Jahrgang des Deutschen Textilarbeiterverbandes Nr. 50 vom 16. Dez. 1920 liest man: „Zum Kapitel Terrorismus“ am Schluß folgendes: „Von unserer Wiesener Filialleitung wird uns folgendes mitgeteilt. Unser Kollege F. S. wohnt in Dillen und gehört zur Filiale Bieren. Bisher hat er in Krefeld als Samstagsarbeiter gearbeitet. Wegen Arbeitsmangel wurde er dort entlassen. Er fand dann Arbeit in seiner Heimatstadt Dillen bei der Firma Heimes. Bei dieser Firma sind gegen 40 Personen beschäftigt, die in ihrer Mehrheit Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes sind. Als der Vorsitzende des Betriebsrates, ebenfalls christlich organisiert, erfuhr, daß unser Kollege S. in Arbeit genommen ist, erhob er sofort bei der Betriebsleitung Einspruch gegen die Einstellung und drohte, daß alle christlich organisierten sofort die Arbeit einstellen würden, wenn S. nicht sofort wieder entlassen würde. Um den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, entschloß sich die Firma, den Kollegen S. zu entlassen. Die Christen erhoben Halle, daß unser Kollege den Betrieb wieder verlassen mußte.“ In der sozialdemokratischen Niederrheinischen Volkstribüne ist ebenfalls ein ähnlicher Artikel erschienen. Allerdings wird in beiden Artikeln der Grund, warum der Einspruch gegen die Einstellung S. erhoben wurde, verschwiegen. Es ist folgendes zu erwidern: Heut zu Tage gibt es viele Leute, die schnell und viel reden und Behauptungen aufstellen, die sie garnicht verantworten können, zu denen auch der Genosse S. gehört. Die Arbeiterin der Firma Heimes war ihm stets ein Dorn im Auge, die er stets mit Schimpfwörtern belegte. Daß nur aus

Der letzte Sonntag vor Weihnachten und die ungünstige Witterung von 10-11 Uhr waren die Veranlassung einer äußerst schwachen Wahlbeteiligung. Der erhoffte Erfolg blieb leider aus. Neu-Deutersdorf wählte vorzüglich, Seiffenherdorf und Söhlunnersdorf dagegen verlagten. Waren sich alle unsere Kollegen und Kolleginnen ihrer Pflicht bewußt gemeldet, so mußte uns der Erfolg sicher sein. 10 Stimmen noch, und auch wir konnten einen Beisitzer entsenden, um mit über das Wohl und Wehe unserer Kollegen zu entscheiden; so mußten wir uns mit einem Ersatzmann begnügen. Möchte dieser Mißerfolg unseren Kollegen im Reich die Veranlassung geben, sich klar darüber zu werden, warum gerade hier bei uns immer und immer wieder die Klage laut wird, daß uns in den öffentlichen Körperlichkeiten stets eine eigene Vertretung vorenthalten bleibt, die auch unsere Interessen wahren und vertreten könnte.

Lobberich. Zu einer großartigen Kundgebung gestaltete sich die am 19. Dezember 1920 abgehaltene öffentliche Versammlung des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften im kath. Gesellenhause. Eingeladen waren alle christlich gesinnten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Eine stattliche Anzahl, wohl an die 400 Besucher, waren anwesend. Schon seit längerer Zeit, so führte der Vorsitzende Lh. Nießen aus, hat sich das Bedürfnis ergeben, in einer großen Kundgebung an die Öffentlichkeit zu treten. Die Veranlassung dazu hat der 10. Kongress am 21. November 1920 in Essen gegeben. Daher habe das Ortskartell es sich zur Aufgabe gestellt, die auf diesem Kongress gefaßten Beschlüsse in die weiteren Kreise der Bevölkerung hineinzutragen.

Als Referent war der Kartellsekretär A. Hoff aus Krefeld gewonnen, und in einem schwingvollen Vortrage, betitelt: „Die christlichen Gewerkschaften und der Wiederaufbau Deutschlands“, führte er den Anwesenden klar und deutlich vor Augen, was der Staatsminister A. Stegerwald in seiner Essener Rede so markant beleuchtet hat. Vor allem war es die Lage des deutschen Volkes, die innere und äußere Staatswirtschaft und die Aufgaben der Sozialpolitik. Sämtliche Punkte wurden einer eingehenden Prüfung unterzogen. Aus allem dem ging hervor, daß unierer tranken Staatswirtschaft nur geholfen werden könne, wenn wieder christliche Grundsätze, christliches Fühlen und Handeln zur Geltung kämen. Diese Anschauungen haben von jeher in den christlichen Gewerkschaften ihren Platz gehabt. Darum kann den Arbeitern von keiner anderen Seite geholfen werden. Aber nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze deutsche Volk müsse sich zu dieser Anschauung bekennen, dann könne unser deutsches Vaterland wieder zur Gesundheit und Blüte gelangen. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen, und man konnte es den Anwesenden von den Gesichtern lesen, daß sie mit Entschlossenheit und auch mit dem Willen besetzt waren, das Gehörte in die Tat umzusetzen.

An einer Diskussion beteiligte sich niemand, obgleich eine ganze Anzahl aus den freien Gewerkschaften vertreten waren. Dann mögen nicht unerwähnt bleiben die Gesangsbeiträge der beiden Männergesangsvereine „Trohsian“ und „Soffnung“, die einige der schönsten Lieder aus ihrem Bestande hervorholten, um die Anwesenden zu unterhalten. Vor allem „das Matrosengrab“ und „Fröhliches Rheinland“ waren sehr edler Gangeskunst. An dieser Stelle hierfür den besten Dank. Mögen denn die christlich organisierten Kollegen von Lobberich auch weiter auf dem gezeichneten Wege fortschreiten, zum Wohle des Verbandes sowie des gesamten deutschen Vaterlandes. J. S.

† Sterbetafel. †

Joh. Schürings-M.-Glabbach, Barb. Franken-M.-Glabbach, Peter Gänger-M.-Glabbach, Johann Janien-M.-Glabbach, Joseph Fraubender-M.-Glabbach, Johann Schand-M.-Glabbach, Anna Adam-Stuttgart, Pauline Karst-Stuttgart, Gertr. Johann-Düren, Heinrich Rüttrath-Düren, Alois Nicker-Neustadt O.S., Wilh. Krauer-Forst-L., Pauline Handt-Forst-L., Pet. Feiner-Lobberich, Johann Reich-Annath, Gerh. Widdelberg-Osnabrück, Wilh. Lemwig-Güchteln, Frau Steffens-Nordhorn, Hedwig Kubich-Sommerfeld, Johann Eidenscheidt-Werden-Nuhr, Frh. Behringer-Föllendeck, Josephine Kästle-Ebingen, Ang. Grimberg-Hochdorf, Anton Rossmann-Arenbach, Gertrud Booms-Abbe, Hubert Jonas-M.-Glabbach, Karl Steffens-Lobberich.

Versammlungskalender.

Greiz (Egtl.) 30. Januar, 4 Uhr, im „Felsenkeller“, Jahreshauptversammlung.
Gresen i. Westf. 17. Januar, 8 Uhr, im Lokale Ludwig Wünnighoff, Generalversammlung.
Oster. 22. Januar, 7 Uhr, im Lokale von Joseph Spinnen, Jahreshauptversammlung.
Reichenbach-Mylau-Nieschtan (Sach.) 28. Januar, 8 Uhr, im „Saitenhause Wäntiner Hof“ in Mylau, Jahreshauptversammlung.
Rheindt. 23. Januar, 11 Uhr, im kleinen Saale des Bahnhofhotels, außerordentliche Generalversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Gegen die Schreier nach überflüssiger Sozialfremdung! — Unsere Lebensmittelförderung. — „Freie“ Gewerkschaftsstrategie. — Praktische Arbeit des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Jeniketon: Falsch organisiert. — Allgemeine Rundschau: Zum Streit der Berliner Hotels. — Der neue deutsche Buchdruckertag. — Verband christlicher Gutartiger Deutschlands. — Die russischen Reimzellen in Tätigkeit. — Aus unserer Industrie: Frankreich verlangt deutsche Textilmaschinen von den tschecho-slowakischen Industriellen zurück. — Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes. — Aus der Kunstindustrie. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Zur Frage der Autarkiebewegung bzw. Kündigung der Betriebsratsmitglieder. — Aus unserer Bewegung: Vom Fuße des „Rosenstein“. — Berichte aus den Ortsgruppen: Nachen. — Dillen. — Heubach. — Deutersdorf. — Lobberich. — Sterbetafel. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33.

Mitglieder,

denk beim Abschluß Eurer Feuerversicherung daran, daß durch die Gründung der **Gewerkschaftlichen Genossenschaftlichen Feuerversicherung**

„Deutsche Feuer-Aktien-Gesellschaft, Berlin“

eine Versicherungseinrichtung geschaffen wurde, welche den **privatkapitalistischen Charakter** ausschließt.

Aller Gewinn fließt zurück in unsere Gewerkschaftskasse. Es darf daher keine andere Versicherungs-Gesellschaft für unsere Mitglieder in Frage kommen, als unsere eigene **„Deutsche Feuer-Aktien-Gesellschaft, Berlin“**.

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine, Düsseldorf-Reisholz (Abt. Versicherung) führt für unsern Verband die Geschäfte. Alle Anfragen richtet man nach dort.

Vertrauensleute werden gegen entsprechende Vergütung vom Reichsverband jederzeit zur Mitarbeit angenommen.

Mitglieder!

Werbt für Euer eigenes Unternehmen.

diesem Grunde der Einspruch erfolgen mußte, wird doch wohl jedem einleuchten. Die Arbeiterin von der Firma Heimes, von denen der Genosse S. auch sagte, die müssen noch aufgelöst werden, die haben ihm durch den Einspruch bewiesen, wie aufgelöst sie sind. Wir müssen uns wundern, daß sich ein aufgelöstes Genosse, wie S. sein will, mit solchen Behauptungen verteidigen muß. Und daß er bei einer Firma am Arbeit anfragt, über deren Arbeiterin er zuerst lustig drauf los geschimpft hat. Auch ist Genosse S. einer von so vielen, die lieber heute wie morgen sehen würden, wenn der christliche Textilarbeiterverband in die Brüche gehen würde; aber diese Hoffnungen werden nicht in Erfüllung gehen. Wir rufen dem Genossen zu: Schuster bleib bei deinem Leisten, dann wird dir auch kein Leid geschehen.

Deutsches. Im Kampfe um das Koalitionsrecht der Arbeiterin. Die am 17. Dezember 1920 im Dillen in Heubach zwecks Stellungnahme zu den Mahregelungen bei beiden Korsettfirmen versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen Heubachs nahmen nach reichlicher Aussprache folgende Entschädigung an: „Die Versammlung verurteilt entschieden das Vorgehen der beiden Korsettfabrikanten am höchsten Maße gegen die in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Arbeiterinnen. Sie erklärt in den seit Jahresfrist wiederholt vorgelassenen Entlassungen von Vertrauensleuten der Gewerkschaften einen Angriff auf das in der Reichsversammlung festgelegte Koalitionsrecht. Im Interesse eines guten Unternehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, das zum Aufbau unserer Volkswirtschaft unbedingt notwendig ist, fordern wir dringend, daß von Seiten der Korsettfabrikanten derartige ungerechtfertigte Entlassungen im Zukunft unbedingt vermieden werden. In der Frage der Entlassung der Vorsitzenden der Ortsgruppe Heubach des christlichen Textilarbeiterverbandes bei Speißhofer u. Bruna fordern wir die zuständigen Gewerkschaften an, alle Maßnahmen anzunehmen, um der zu Unrecht Entlassenen zu ihrem Rechte zu verhelfen.“

Deutersdorf. Zum ersüßlichen Nachdenken für alle Wahlmänner! Am Sonntag, den 19. Dezember 1920, fand in Deutersdorf die Wahl für das Gewerbegericht zu Seiffenherdorf statt. Da uns die roten Gewerkschaften auch diesmal wieder ihre Feindschaft abspitzen, brauchen wir zum ersten Male unsere eigene Liste heraus. Die Vorbereitungen für die Wahl waren die besten ungenügenden.